Ordnung für die Gleichstellungsarbeit an der Technischen Hochschule Bingen

Ordnung für die Gleichstellungsarbeit an der Technischen Hochschule Bingen

in der Fassung vom 04.07.2018

Aufgrund § 2 (4), § 5 (3) in Verbindung mit § 76 (1) des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 2017 (GVBl. S. 17), BS 223-41, hat der Senat der Technischen Hochschule Bingen am 04.07.2018 die Ordnung für die Gleichstellungsarbeit beschlossen. Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte wurde beteiligt. Der Personalrat hat am 07.06.2018 zugestimmt.

Sie tritt am Tage ihrer Unterzeichnung durch den Präsidenten der Technischen Hochschule Bingen in Kraft.

§ 1 Grundsätze und Geltungsbereich

- (1) Diese Ordnung gilt für Mitglieder und Angehörige gemäß § 36 HochSchG der Technischen Hochschule Bingen.
- (2) Gleichstellungsaufgaben sind zentral und dezentral durch die in dieser Ordnung benannten Ausschüsse und Funktionsträger wahrzunehmen.
- (3) Alle Vorgesetzten und Entscheidungsträger haben sich aktiv in die Gleichstellungsarbeit einzubringen, bestellte Ausschüsse und Funktionsträger bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

§ 2 Gleichstellungsaufgaben

- (1) zentrales Anliegen der Gleichstellungsarbeit an der Technischen Hochschule Bingen ist gemäß § 2 (2) HochSchG:
 - Die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Hochschulbetrieb.
 - Die Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und das Hinwirken auf die Beseitigung bestehender Nachteile.

- Bei der Benennung von Gremienmitgliedern die Geschlechterparität zu berücksichtigen.

- (2) Erweitertes Anliegen der Gleichstellungsarbeit ist gemäß § 2 (4) HochSchG die Förderung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die soziale Förderung der Studierenden.
- (3) Gleichstellungsaufgaben nehmen die zentrale Gleichstellungsbeauftragte nach § 72 (4) HochSchG, die Gleichstellungsbeauftragte des jeweiligen Fachbereiches nach § 72 (5) HochSchG (sofern bestellt) und der Senatsausschuss für Gleichstellungsaufgaben gemäß § 72 (4) S. 1 HochSchG wahr.
- (4) Der örtliche Personalrat ist nach dem Landespersonalvertretungsgesetz RLP, dem Landes Gleichstellungsgesetz RLP und dem HochSchG an der Gleichstellungsarbeit zu beteiligen.

§ 3 Ausschuss Gleichstellungsfragen

- (1) Der Senat bestellt gemäß § 72 (4) HochSchG für die Dauer der jeweiligen Legislatur auf Vorschlag einen Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen.
- (2) Für die Bestellung benennt jeder Fachbereich zwei weibliche Hochschulbedienstete.
- (3) Für das nichtwissenschaftliche Personal benennt der Präsident auf Vorschlag des Kanzlers eine weibliche Hochschulbedienstete.
- (4) Der Personalrat benennt eine weibliche Hochschulbedienstete.
- (5) Die Studierendenschaft benennt für die verkürzte Amtszeit von 1 Jahr zwei Studentinnen für die Ausschussarbeit.
- (6) Die Gleichstellungsbeauftragten der Fachbereiche gemäß § 72 (5) HochSchG sind sofern bestellt beratende Mitglieder. Sie können nicht gleichzeitig nach § 3 (2) dieser Ordnung benannt werden.
- (7) Den Vorsitz im Ausschuss hat die vom Senat bestellte und im Ausschuss stimmberechtigte zentrale Gleichstellungsbeauftragte.

§ 4 Aufgaben des Senatsausschusses für Gleichstellungsfragen

- (1) Gemäß § 72 (4) HochSchG schlägt der Ausschuss für Gleichstellungsfragen dem Senat der Technischen Hochschule Bingen eine Kandidatin als zentrale Gleichstellungsbeauftragte vor.
- (2) Der Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen unterstützt die zentrale Gleichstellungsbeauftragte sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Fachbereiche bei der Aufgabenerfüllung.
- (3) Der Ausschuss tagt mindestens zweimal jährlich und berichtet dem Senat über die Gleichstellungsarbeit.
- (4) Die Gleichstellungsbeauftragte beruft den Ausschuss ein. Die Einladung erfolgt mit einer Tagesordnung mindestens 10 volle Kalendertage vor Anberaumung.

§ 5 Bestellung der zentralen GBA

- (1) Zur Erarbeitung und Beschluss über den Vorschlag zur Bestellung der zentralen Gleichstellungsbeauftragten (GBA) ist das Amt der zentralen Gleichstellungsbeauftragten volle 6 Wochen auszuloben. Dabei sind die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten zu beschreiben und weibliche Hochschulbeschäftigte aufzufordern sich um das Amt zu bewerben. Die Bewerbung hat schriftlich zu erfolgen.
- (2) Als Voraussetzung gilt, dass die weiblichen Hochschulbediensteten über die erforderliche Sachkenntnis und Kenntnis der Hochschulstrukturen verfügen.
- (3) Alle Bewerberinnen sind vom Ausschuss zu hören.
- (4) Der Ausschuss sucht unter den Kandidatinnen die 3 geeignetsten Bewerberinnen aus und schlägt dem Senat eine Liste vor.
- (5) Der Personalrat ist durch den Ausschuss gemäß § 131 (1) HochSchG zu beteiligen.

§ 6 Beschlussfassung

- (1) Der Ausschuss für Gleichstellungsfragen ist gemäß § 36 HochSchG beschlussfähig, wenn bei der Beschlussfassung mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellungsfragen anwesend sind und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Zahl der anwesenden Mitglieder ist für die Beschlussfassung ohne Bedeutung, wenn wegen Beschlussunfähigkeit zum zweiten Mal zur Behandlung desselben Gegenstandes eingeladen wurde. Bei der zweiten Einladung ist hierauf hinzuweisen (§ 38 HochSchG).
- (2) Beschlüsse werden mit Stimmen der Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Stimmenthaltungen zählen bei der Ermittlung der Mehrheit nicht mit. Wenn offen abgestimmt wird, entscheidet bei Stimmgleichheit die Stimme der Vorsitzenden. Enthält sich diese der Stimme oder wird geheim abgestimmt, gilt Stimmgleichheit als Ablehnung (§ 38 Abs. 2 HochSchG).

§ 7 Unterstützung der zentralen GBA

- (1) Der Ausschuss für Gleichstellungsfragen unterstützt die zentrale Gleichstellungsbeauftragte bei ihren Aufgaben gemäß § 72 Abs. 4 HochSchG:
 - bei der Erarbeitung frauenpolitischer Maßnahmen an der Hochschule,
 - bei der Erarbeitung des Gleichstellungsplanes gemäß § 76 (2) HochSchG,
 - bei der gleichstellungsrelevanten Beratungstätigkeit der Hochschule,
 - bei Vertretung der Interessen der weiblichen Mitglieder,
 - bei der Öffentlichkeitsarbeit,
 - bei sonstigen Maßnahmen und Aktivitäten zur Frauenförderung,
 - bei Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf- und Familie,
 - bei Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Situation von Studentinnen.
- (2) Der Ausschuss für Gleichstellungsfragen

gen soll sich mindestens einmal je Semester treffen, um z. B. über anstehende Aktivitäten zu beraten oder um die Schritte zur Durchführung einer Aktivität abzustimmen bzw. zu koordinieren. Dazu lädt die Vorsitzende des Ausschusses gemäß § 4 (4) dieser Ordnung ein.

§ 8 Bestellung der zentralen GBA

- (1) Nach § 72 Abs. 4 HochSchG bestellt der Senat auf Vorschlag des Ausschusses für Gleichstellungsfragen für die Dauer von 3 Jahren eine weibliche Hochschulbedienstete zur zentralen Gleichstellungsbeauftragten.
- (2) Über die Bestellung ist gemäß § 38 HochSchG in geheimer Abstimmung Beschluss zu fassen.
- (3) Die Amtszeit beginnt mit dem ersten Tag des auf die Beschlussfassung folgenden Monat und endet nach 3 vollen Kalenderjahren.
- (4) Die Präsidentin/der Präsident führt die Gleichstellungsbeauftragte ins Amt ein und unterzeichnet das Bestellschreiben.

§ 9 Aufgaben der zentralen GBA

- (1) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei der Förderung von Frauen an der Technischen Hochschule Bingen mit und arbeitet diesbezüglich mit der Hochschulleitung eng und vertrauensvoll zusammen.
- (2) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte leitet den Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen als Vorsitzende.
- (3) Gemäß § 72 HochSchG obliegt der zentralen Gleichstellungsbeauftragten die Aufgabe:
 - In beratender Funktion die Organe und Ausschüsse der Technischen Hochschule zu unterstützen, damit die Gewährleistung der Grundrechte von Frauen und Männern auf Gleichberechtigung sichergestellt ist und bestehende Benachteiligungen von Frauen beseitigt werden.

- Mitwirkung und Beteiligung an allen sozialen, personellen und organisatorischen Maßnahmen, durch die die weiblichen Beschäftigten und Studierenden betroffen sind.
- Erarbeitung des Gleichstellungsplans.
- Berichterstattung im Rahmen eines jährlichen Tätigkeitsberichtes gegenüber dem Senat.
- Beratung von Studentinnen
- Beratung externer Bewerberinnen im Stellenbesetzungsverfahren zu Gleichstellungsangelegenheiten.
- Abstimmung und Vernetzung mit überregionalen Gleichstellungsgremien.

- (4) Sofern die die Fachbereiche eine eigene Gleichstellungsbeauftragte nach § 72 (5) HochSchG bestellt haben, gilt § 9 (3) dieser Ordnung nicht für den jeweiligen Fachbereich. § 72 (5) S. 2 HochSchG gilt dann entsprechend.

§ 10 Rechte der zentralen GBA

- (1) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte hat im Rahmen ihrer übertragenen Aufgaben das Recht an sämtlichen Gremien teilzunehmen, dort Anträge zu stellen und zu sprechen.
- (2) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte hat unmittelbares Vortragsrecht im Senat und bei der Hochschulleitung.
- (3) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte hat jederzeit das Recht Umstände in der Gleichstellungsarbeit bei Entscheidungen, Prozessen oder Vorgängen an der Hochschule zu beanstanden.
- (4) Sie wirkt an Personalentscheidungen beginnend von der Ausschreibung von Stellen bis hin zur Stellenbesetzung mit. Sie hat das Recht Bewerbungsunterlagen zu sichten und an Bewerbungsgesprächen aktiv teilzunehmen. Bei Entscheidungen zu Auswahlentscheidungen ist sie zu beteiligen. Bei Berufungsfragen von Professorinnen und Professoren hat sie gemäß der Berufsordnung die zugewiesenen Rechte.

- (5) Sofern der Fachbereichsrat gemäß § 72 (5) eine Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereichs bestellt hat, dann gilt § 9 (4) dieser Ordnung entsprechend. Für die Erledigung von Gleichstellungsaufgaben bei Personalmaßnahmen, Einstellungsverfahren und Berufungsverfahren ist die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereiches (sofern bestellt) zuständig.

§ 11 Ausstattung

- (1) Die zentrale Gleichstellungsbeauftragte ist zentral mit ausreichenden Mitteln auszustatten.
- (2) Für die erforderliche Aus- und Weiterbildung ist die zentrale Gleichstellungsbeauftragte freizustellen.
- (3) Über die Ausstattung entscheidet die Präsidentin/der Präsident.

§ 12 GBA des Fachbereichs

- (1) Nach § 72 Abs. 5 HochSchG sollen die Fachbereiche eine Gleichstellungsbeauftragte (GBA) bestellen, die die Aufgaben der Gleichstellung und Frauenförderung innerhalb des Fachbereichs wahrnimmt. Die Bestellung erfolgt für 3 volle Kalenderjahre.
- (2) Sie hat für den Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs sämtliche Rechte nach § 9 dieser Ordnung.
- (3) Sie wirkt bei der Erstellung des Gleichstellungsplanes der Technischen Hochschule mit und unterstützt die Arbeit der zentralen Gleichstellungsbeauftragten.
- (4) Verzichtet ein Fachbereich auf die Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten, so hat er dies dem Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen begründend zu berichten.

§ 13 Bestellung

- (1) Die Dekanin/der Dekan lobt das Amt der Gleichstellungsbeauftragten des Fachbereichs 4 volle Kalenderwochen vor Bestellung durch den Fachbereichsrat aus. Dabei sind alle weibli-

chen Bediensteten des Fachbereichs aufzufordern sich um das Amt zu bewerben. Sie sind über die Aufgaben des Amtes zu informieren und aufzufordern sich schriftlich zu bewerben.

- (2) Als Voraussetzung gilt, dass die weiblichen Hochschulbediensteten über die erforderliche Sachkenntnis und Kenntnis der Hochschulstrukturen verfügen.
- (3) Die Dekanin/Der Dekan schlägt dem Fachbereichsrat geeignete Kandidatinnen für das Amt der Gleichstellungsbeauftragten im Fachbereich vor und beteiligt den Personalrat gemäß § 131 (1) HochSchG. Der Besetzungsvorschlag ist sofern genügend geeignete Kandidatinnen zur Verfügung stehen als Liste einzureichen.
- (4) Der Fachbereichsrat beschließt gemäß § 38 HochSchG in geheimer Abstimmung über den Besetzungsvorschlag der Dekanin/des Dekans.
- (5) Die Amtszeit beginnt mit dem ersten Tag des auf die Beschlussfassung folgenden Monat und endet nach 3 vollen Kalenderjahren.
- (6) Die Dekanin/der Dekan führt die Gleichstellungsbeauftragte ins Amt ein und unterzeichnet das Bestellungsschreiben.

§ 14 Aufgaben der GBA im Fachbereich

- (1) Die Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten im Fachbereich orientieren sich an den Aufgaben der zentralen Gleichstellungsbeauftragten der Hochschule mit Zuschnitt auf die Organisation und die Prozesse des jeweiligen Fachbereichs. Sie unterstützt damit die Tätigkeit der zentralen Gleichstellungsbeauftragten und wirkt beratend beim Senatsausschuss für Gleichstellungsfragen mit.
- (2) Sie wirkt nach den für die zentrale Gleichstellungsbeauftragte geltenden Grundsätzen bei Stellenbesetzungsverfahren und Berufungsverfahren mit.

§ 15 Ausstattung

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragte im Fachbereich ist mit ausreichenden Mitteln auszustatten. Die Finanzierung trägt der Fachbereich.
- (2) Für die erforderliche Aus- und Weiterbildung ist die Gleichstellungsbeauftragte im Fachbereich freizustellen.
- (3) Über die Ausstattung entscheidet die Dekanin/der Dekan.

§ 16 Antragsrecht

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragten haben im jeweiligen Aufgabenbereich ein Antragsrecht auf Überprüfung einer Entscheidung gemäß § 72 (6) HochSchG.
- (2) Eine Entscheidung, die im Aufgabenbereich der zuständigen Gleichstellungsbeauftragten gegen ihre Stellungnahme getroffen worden ist, muss auf Antrag überprüft und erneut getroffen werden. Der Antrag muss innerhalb einer Woche und darf in derselben Angelegenheit nur einmal gestellt werden. § 79 (6) und § 88 (3) S. 3 HochSchG bleiben unberührt.
- (3) Für die Überprüfung von Entscheidungen im Fachbereich ist die Dekanin/der Dekan zuständig.
- (4) Für die Prüfung aller weiteren Entscheidungen ist der Präsident zuständig.
- (5) Die Überprüfungen können innerhalb der Technischen Hochschule Bingen nach Ermessen der Entscheidungsträger an die Verwaltung im Zuständigkeitsbereich der Kanzlerin/des Kanzlers delegiert werden.

§ 17 Rücktritt/Ausscheiden

- (1) Die Gleichstellungsbeauftragten können vor Ablauf der Amtszeit jederzeit zurücktreten.
- (2) Im Falle eines Rücktrittes ist das übertragene Amt bis zur Bestellung einer neuen Person kommissarisch fortzuführen.
- (3) Scheidet eine Amtsträgerin aus und es erlischt die Mitgliedschaft nach § 36 HochSchG, dann endet das Amt mit dem Tag des Ausscheidens.

- (4) Für den Fall eines Ausscheidens können die Präsidentin/der Präsident sowie die Dekanin/der Dekan im jeweiligen Zuständigkeitsbereich bis zur ordnungsgemäßen Neubestellung einer Gleichstellungsbeauftragten eine kommissarische Bestellung einer geeigneten Person durchführen. Es gelten dabei § 5 (2) und § 13 (2) dieser Ordnung entsprechend.

§ 18 Übergangsregelung

- (1) Die bislang nach altem Recht (Frauenförderrichtlinie 19.03.1997) bestellten Personen führen das verliehene Amt bis zum Ablauf der übertragenen Amtszeit unverändert fort.

§ 19 Inkrafttreten

- (1) Diese Ordnung ersetzt die Frauenförderrichtlinie der Technischen Hochschule Bingen vom 19.03.1997.
- (2) Diese Ordnung tritt am Tage der Unterzeichnung durch den Präsidenten der Technischen Hochschule Bingen in Kraft.

Bingen, den 02.08.2018

Professor Dr.-Ing. Klaus Becker
Präsident